

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dreyer, Pfeifer, Dr. Waigel, Dr. Gölder, Schedl, Eilers (Wilhelmshaven), Dr. Probst, Frau Benedix, Dr.-Ing. Oldenstädt, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Fuchs, Dr. Schäuble, Hauser (Krefeld), Dr. Hornhues, Orgaß, Lenzer, Frau Dr. Walz, Hussing und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 7/3018 –**

### **betr. Rückgang der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst**

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 11. März 1975 – D I 5 – 215 612/10 – die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Trifft es zu, daß die Oberpostdirektion Hamburg 1974 200 Ausbildungsplätze, für Auszubildende 1975 hingegen nur noch 48 Ausbildungsplätze – also nur noch 24 v.H. der bisherigen Ausbildungsplätze –, zur Verfügung stellen wird?

#### **I. Vorweg möchte ich folgendes bemerken:**

Die Deutsche Bundespost hat – ebenso wie alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft – Nachwuchskräfte bisher im Umfang ihres Eigenbedarfs angenommen bzw. ausgebildet.

Der Eigenbedarf wird im Rahmen der Personalplanung unter Berücksichtigung der regionalen und örtlichen Gegebenheiten in Abstimmung mit der Gesamtplanung des Unternehmens ermittelt. In diese Planung fließen alle wichtigen Informationen, wie z. B. die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze (unter Berücksichtigung der Verkehrsentwicklung, betrieblicher Rationalisierungsvorhaben von Bemessungskürzungen etc.), die Zahl der zu erwartenden Personalabgänge, der vorhandene Bestand bereits in Ausbildung befindlicher Kräfte usw., ein.

Die Ausbildungsmöglichkeiten für Nachwuchskräfte bei der Deutschen Bundespost lassen sich in zwei Kategorien einteilen:

- a) Für eine Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes stellt die Deutsche Bundespost Bewerber für eine Ausbil-

dung im Fernmeldehandwerk, im Elektromechanikerhandwerk und in der Sozialversicherung ein. Die Ausbildungsdauer beträgt für die Ausbildungsgänge 3 bzw. 3 1/2 Jahre.

Nur für diese Auszubildenden steht bei der Deutschen Bundespost Ausbildungskapazität im engeren Sinne – Lehrwerkstätten, eigene Räume, eigens ausgebildete Ausbilder und Lehrkräfte – zur Verfügung.

Die Auszubildenden im Fernmeldehandwerk machen rd. 96 v. H. aller Auszubildenden aus.

So stehen z. Z. rd. 18 000 Auszubildende bei der Deutschen Bundespost in einem Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz, und zwar:

- rd. 17 300 Auszubildende im Fernmeldehandwerk,
- rd. 600 Auszubildende im Elektromechanikerhandwerk,
- rd. 50 Auszubildende im Ausbildungsberuf der Sozialversicherung.

Im Bereich der Nachwuchskräfte für den einfachen und mittleren fernmeldetechnischen Dienst, der sich aus Fernmeldehandwerkern mit mehrjähriger Tätigkeit bei der Deutschen Bundespost ergänzt, weist die Personalplanung aus, daß 1975 nur ein verschwindend geringer Einstellungsbedarf für Auszubildende im Fernmeldehandwerk vorhanden ist.

- b) Im Gegensatz zu der genannten Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz werden Nachwuchskräfte für die nichttechnischen Beamtenlaufbahnen bei der Deutschen Bundespost – z. B. Postjungboten, Postassistentenanwärter, Angestellte, Postinspektoranwärter – ebenfalls auf der Grundlage der Bedarfsermittlung durch die Personalplanung entsprechend den laufbahnrechtlich vorgeschriebenen Schulabschlüssen – eingestellt und als Beamtenanwärter oder Angestellte eingesetzt, an den Arbeitsplätzen geschult sowie an die jeweiligen Laufbahnprüfungen herangeführt. Ihre Ausbildung erfolgt demgemäß praxisnahe am einzelnen Arbeitsplatz im Betrieb. Ungenutzte Arbeitsplätze, die eine freie Ausbildungskapazität darstellen würden, gibt es nicht. Die Nachwuchskräfte nehmen während ihrer Ausbildung nur für begrenzte Zeitabschnitte an Arbeitskreisen, Kursen und Lehrgängen an den Post- und Fernmeldeschulen, die auch der Weiter- und Fortbildung dienen, teil.

- II. Zur Frage ist auszuführen, daß bei der Oberpostdirektion Hamburg im Jahr 1974 mit 377 Personen Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz geschlossen wurden. Im Jahre 1975 ist unter Berücksichtigung unternehmerisch noch vertretbarer Belastung eine Einstellungsquote von 108 Auszubildenden, verteilt auf 2 Schulabschlüsse, vorgesehen.

2. Trifft es zu, daß die Oberpostdirektion Hamburg sowohl alle Ausbildungsplätze für die Beamtenlaufbahnen als auch die bisher ca. 300 Ausbildungsplätze für die Angestellten für 1975 total sperren wird?

Ausbildungsplätze für Angestellte sind bei der Oberpostdirektion Hamburg – wie allgemein bei der Deutschen Bundespost – nicht vorhanden.

Aufgrund der Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen und des allgemeinen Verkehrsrückgangs können im Jahre 1975 keine Anwärter für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Postdienstes eingestellt werden.

Für die Laufbahn des einfachen Postdienstes werden 1975 insgesamt ca. 2000 Postjungboten eingestellt. Davon entfallen auf den Bereich der Oberpostdirektion Hamburg ca. 160 Einstellungen. Weiterhin werden von der Deutschen Bundespost studiengeförderte Absolventen von Fachhochschulen für den gehobenen fernmeldetechnischen Dienst im Rahmen des jeweiligen Bedarfs eingestellt.

3. Trifft es weiterhin zu, daß die Bundesbahndirektion Hamburg die bisher ca. 600 vorhandenen Ausbildungsplätze im mittleren Dienst 1975 auf ca. 100 und die bisher ca. 140 Ausbildungsplätze für den gehobenen Dienst 1975 auf 40 Ausbildungsplätze reduzieren will?

1974 hat die Bundesbahndirektion Hamburg  
639 Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren Dienstes (Bundesbahnassistenten) und  
177 Nachwuchskräfte für die Laufbahn des gehobenen Dienstes (Bundesbahninspektor)  
eingestellt.

Für das Jahr 1975 sind  
198 Einstellungen im mittleren Dienst und  
126 Einstellungen im gehobenen Dienst  
vorgesehen.

Diesen Einstellungen steht jedoch derzeit noch die Verfügung des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn vom 8. November 1974 entgegen, wonach Neueinstellungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern bis auf weiteres nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Der Einstellungsstop gilt nicht für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz, Praktikanten, Bundesbahnaspiranten und Junggehilfen.

4. Wenn ja, geht die Verringerung der Ausbildungsplätze auf Weisungen der zuständigen Ministerien zurück?

Die Verringerung der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze bei der Oberpostdirektion Hamburg geht auf Wei-

sung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen zurück. Von Seiten des Bundesministers für Verkehr gibt es eine solche Weisung für die Deutsche Bundesbahn nicht.

5. Welches sind die Gründe für die Verringerung der Ausbildungskapazitäten, und was soll nach Ansicht der Bundesregierung mit den ungenutzten Ausbildungskapazitäten geschehen?

A. Gründe für die Verringerung der Ausbildungskapazitäten

- I. Bei der Deutschen Bundespost bestehen zur Zeit keine nennenswerten freien und nutzbaren Ausbildungskapazitäten. Freie Ausbildungsplätze ergeben sich im Laufe des Jahres 1975 für die Berufsausbildung zum Fernmeldehandwerker jeweils zu den Zeitpunkten, zu denen die im letzten Ausbildungsjahr befindlichen Auszubildenden ihre Ausbildung abschließen. Diese Termine sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich.

Grund für die Verringerung des Eigenbedarfs an Auszubildenden im Fernmeldehandwerk sind die Auswirkungen der mit dem Ziel der Verbesserung der schlechten wirtschaftlichen Situation eingeleiteten und durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen, der Rückgang des Verkehrsaufkommens und die erforderlich gewordenen Kürzungen der Investitionen im Fernmeldewesen.

- II. Ursächlich für die Reduzierung der Zahlen der Einstellungen bei der Deutschen Bundesbahn ist im Jahre 1975 in erster Linie die zu erwartende Minderung des Bedarfs (Dienstposten) infolge

- der neuen Unternehmenskonzeption des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, die eine wesentliche Steigerung der Produktivität und der Wirtschaftlichkeit durch straffe Konzentration und tiefgreifende Rationalisierung zum Ziele hat,
- der Einrichtung von Drucktasten-Anlagen,
- der Aufhebung von Abfertigungsbefugnissen,
- der Durchführung des Knotenpunktverkehrs,
- von Streckenstillegungen,
- des Stückgutmodells 400,
- der Ergebnisse der übrigen, auf vielen Gebieten intensiv fortgeführten Rationalisierungsmaßnahmen und
- rückläufigen Verkehrsaufkommens.

Von diesen Maßnahmen werden – mehr oder weniger – alle Laufbahnen berührt. Die Tendenz rückläufiger Einstellungszahlen im Jahre 1975 ist infolgedessen allgemein zu beobachten.

## B. Beabsichtigte Maßnahmen

- I. Die im Laufe des Jahres 1975 freiwerdende Ausbildungskapazität für die Berufsausbildung zum Fernmeldehandwerker stellt die Deutsche Bundespost zur Nutzung durch andere Ausbildungsträger gegen Kostenerstattung für überbetriebliche und sonstige Bildungsmaßnahmen zur Verfügung.

Zwischen den zuständigen Ressorts finden darüber z. Z. Detailgespräche statt. Des weiteren sind die Leiter der Oberpostdirektionen angewiesen worden, entsprechende Verhandlungen zur Nutzung dieser Kapazitäten mit den in Frage kommenden Institutionen auf bezirklicher und örtlicher Ebene aufzunehmen. An verschiedenen Orten wurden bereits Verhandlungen geführt.

- II. Bei der Deutschen Bundesbahn werden die Nachwuchskräfte für die Laufbahnen des mittleren und des gehobenen Dienstes praxisnahe am einzelnen Arbeitsplatz im Betrieb ausgebildet. Ungenutzte Arbeitsplätze, die eine freie Ausbildungskapazität darstellen, gibt es auch hier nicht.

6. Handelt es sich bei den in den Fragen 1 bis 3 geschilderten Fällen um Ausnahmefälle, oder ist in weiteren Ausbildungsinstitutionen des Bundesdienstes ein ähnlich einschneidender Rückgang von Ausbildungsplätzen zu verzeichnen?

Im Bereich der Bundesressorts – ausgenommen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – ist ein Rückgang der Zahl der Auszubildenden und der Nachwuchskräfte für die Beamtenlaufbahnen im Jahre 1975 gegenüber 1974 in unterschiedlichem Umfang festzustellen. Diese Verminderung beruht vor allem auf stellenplanmäßig bedingten Personaleinsparungen, Rationalisierungsmaßnahmen und der 1974 vermehrt erfolgten Besetzung bisher freier Stellen.

7. Kann die Bundesregierung bereits jetzt genauere Angaben über das Ausbildungsangebot im Bereich der Bundesbahn, der Bundespost und des übrigen Bundesdienstes für 1976 machen?

Eine Angabe über die Ausbildungssituation für die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn für 1976 kann derzeit noch nicht gemacht werden. Sie ist wesentlich von der Entwicklung des Verkehrsaufkommens sowie von den Ergebnissen der fortschreitenden Rationalisierungsmaßnahmen abhängig. Für den Geschäftsbereich der übrigen Bundesressorts können genauere oder hinreichend gesicherte Schätzwerte über das Ausbildungsplatzangebot und die Einstellung von Nachwuchskräften für die Beamtenlaufbahnen für 1976 noch nicht angegeben werden.

8. Entspricht der Rückgang an Ausbildungsplätzen anteilig bereits vorgenommenen oder beabsichtigten Stelleneinsparungen, oder geht er darüber hinaus?

Der Rückgang an Ausbildungsplätzen und des Bedarfs an Nachwuchskräften für die Beamtenlaufbahnen hält sich im Bereich des Bundesdienstes z. Z. allgemein im Rahmen beabsichtigter Stelleneinsparungen. Dieser Rückgang ist z. T. auch bedingt durch die gegebene Altersstruktur des Personals.

9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die öffentliche Hand angesichts der Engpaßsituation im Bereich der Ausbildungskapazitäten in Teilen der Wirtschaft den von ihr benötigten Nachwuchs selbst ausbilden muß?

Die vielfach aufgestellte Behauptung, daß die öffentliche Hand die von ihr benötigten Nachwuchskräfte nicht in vollem Umfang selbst ausbildet, ist von der Bundesregierung überprüft worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß diese Behauptung nicht gerechtfertigt ist. Der Eigenbedarf an Auszubildenden im öffentlichen Bereich orientiert sich an den Personalbedarfsplanungen. Wenn es in der Vergangenheit Fälle gegeben hat, daß in der gewerblichen Wirtschaft ausgebildete Facharbeiter in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden, so lag das an der Differenz zwischen „Einstellungs-Soll“ und „Einstellungs-Ist“. So ist z. B. bei der Deutschen Bundesbahn in den vergangenen fünf Jahren das „Einstellungs-Soll“ nie erreicht worden, da wegen der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung die Zahl der Bewerber geringer war als die vorhandenen Ausbildungskapazitäten.

Die Deutsche Bundespost bildet die Nachwuchskräfte für die Laufbahnen des Postdienstes seit jeher ausschließlich selbst aus. Lediglich im Bereich des Fernmeldewesens wurden vor 1974 in geringem Umfang Einstellungen vom Arbeitsmarkt vorgenommen. Bereits im Jahre 1974 wurde auf die Gewinnung von Nachwuchskräften für den einfachen und mittleren fernmeldetechnischen Dienst vom Arbeitsmarkt völlig verzichtet. Die Gewinnung erfolgt seither ausschließlich über verwaltungseigene Fernmeldehandwerker Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß in den vergangenen Jahren ein Teil der im öffentlichen Bereich Ausgebildeten in die Privatwirtschaft übergewechselt ist. Das gilt insbesondere für Fernmeldehandwerker.